

Ich bitte um Verständnis: Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag ab.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER und Herr Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU, SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich darf jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Vogelgrippe und die Auswirkungen auf die Rassegeflügelzüchter" auf Drucksache 17/16336 bekannt geben: Mit Ja haben 63 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 76. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Ich weise darauf hin, dass die Fraktionen übereingekommen sind, zu Tagesordnungspunkt 20 keine Aussprache stattfinden zu lassen. Das heißt, dass dann gleich wieder abgestimmt wird. Ich erlaube mir, dies dem Hause vorzeitig bekannt zu geben.

Nun komme ich zu Tagesordnungspunkt 18 zurück. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde von der CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 18. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/16179. Ich bitte, jetzt die Stimmkarten einzuwerfen. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 18.31 bis 18.36 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

(Unruhe)

– Ich darf darum bitten, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können. – Ich bitte, die Plätze einzunehmen, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Sitzung wieder aufnehmen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 20** auf.

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. (SPD)

Ergebnisse der Anhörung "Jungsein in Bayern" ernst nehmen VII:

Landtagsabgeordnete in den Landesjugendhilfeausschuss (LJHA)! (Drs. 17/14144)

Die Fraktionen sind, wie ich bereits mitgeteilt habe, übereingekommen, auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen deshalb gleich zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt die Zustimmung in einer Neufassung. Der mitberatende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Wer dem Antrag in der Neufassung des federführenden Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD, die Fraktion FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordnete Felbinger (fraktionslos). Die Gegenstimmen! – Bei den Gegenstimmen der CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 21** auf:

Eingabe betreffend die Lehrerversorgung am Untermain; Einstellungsverfahren für Junglehrer (OD. 0367.17)

Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat sich mit der Eingabe in seiner 59. Sitzung am 20. Juni 2017 befasst und beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären.

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen und über die Entscheidung des Ausschusses in der Vollversammlung zu beraten und zu beschließen. Die Fraktion hat darüber hinaus nach § 103 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 der Geschäftsordnung beantragt, über die Beratungen im Ausschuss Bericht zu erstatten. Ich darf auch noch bekannt geben, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ebenfalls namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Zur Berichterstattung erteile ich Frau Kollegin Fehlner das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Martina Fehlner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns heute mit einer Problematik, die wir alle seit Jahren hinlänglich kennen: die Lehrerversorgung und das Lehrpersonalkarussell am Bayerischen Untermain. Nicht nur aus unserer Sicht gibt es hier dringenden Handlungsbedarf, vor allem an den Grund- und Mittelschulen.

Junge Lehrerinnen und Lehrer erfahren für diese beiden Schularten meist sehr spät, im schlimmsten Fall erst wenige Wochen vor Schulbeginn, ihre Staatsnote und damit auch ihren Einsatzort in Bayern. Das ist absolut unbefriedigend und demotivierend, nicht nur für die jungen, gut ausgebildeten und sehr motivierten Pädagogen, sondern auch für die Schulen, für die erst gegen Ende der Sommerferien klar wird, welche Lehrkräfte überhaupt zu ihnen kommen.

Ein weiteres Problem: Oft ist es für die jungen Lehrkräfte fast unmöglich, in so kurzer Zeit eine bezahlbare Wohnung zu finden, vor allem in den Ballungszentren, speziell in München.

Die bisherigen Zahlen illustrieren den Missstand deutlich.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Jedes Jahr verliert der Bayerische Untermain einen Großteil seiner gut ausgebildeten Junglehrer für Grund- und Mittelschulen. Sie werden nach Oberbayern oder, damit sie heimatnah leben können, in die angrenzenden Bundesländer, Hessen oder Baden-Württemberg, versetzt. Abgewandert sind in den letzten sechs Jahren 91 Lehrkräfte. Lediglich fünf der 40 bis 50 ausgebildeten Pädagogen sind geblieben. In den letzten zehn Jahren waren es 150 Lehrkräfte. Hinzu kommen die Versetzungsanträge. Das waren allein in den vergangenen zwei Jahren 150 bis 200.

Das, Kolleginnen und Kollegen, ist die traurige Wirklichkeit am bayerischen Untermain. Durch diese hohe Fluktuation und durch dieses sich völlig unnötig drehende Personalkarussell sind Kontinuität und Schulentwicklung nahezu unmöglich. Die Leidtragenden sind dabei allerdings nicht nur die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer, sondern natürlich auch die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und nicht zuletzt die Schulleitungen. Der Unterfränkische Lehrerinnen- und Lehrerverband hat in seiner Stellungnahme deutlich gemacht, dass fast komplette Prüfungsjahrgänge verloren gehen und dass das Land Hessen Lehrerinnen und Lehrer vom Bayerischen Untermain sehr gezielt und leider erfolgreich abwirbt.

Kolleginnen und Kollegen, 3.000 Bürgerinnen und Bürger, Eltern und Lehrer vom Bayerischen Unter-

main und darüber hinaus die Gemeinden Mönchberg, Großwallstadt, Leidersbach und Goldbach haben eine Petition zur Lehrerversorgung eingereicht, in der sie die Staatsregierung auffordern, umgehend tätig zu werden und den nicht hinnehmbaren Zustand zu beenden. Bedauerlicherweise wurde die Petition im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes mit der CSU-Mehrheit abgelehnt; das war wirklich kein Ruhmesblatt.

Allerdings – das ist erfreulich – hat sich das Kultusministerium durch das hartnäckige und stetige Engagement und durch den Druck der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Verbände und durch die Unterzeichner der Petition inzwischen doch eines Besseren besonnen und mit wenigstens einem ersten Schritt in die richtige Richtung auf die kritische Situation in Unterfranken und am Bayerischen Untermain reagiert.

(Zuruf von der CSU: Propaganda! – Weitere Zurufe von der CSU)

Ohne die Petition wäre hier sicherlich nichts passiert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von der CSU: So ein Quatsch!)

Deshalb gebührt allen Initiatoren und Unterstützern unser besonderer Dank. Im Übrigen ist das, Kolleginnen und Kollegen, ein gutes Beispiel für Basisdemokratie in unserem Land.

Wie ist jetzt der aktuelle Stand? – Von 216 in Unterfranken anstehenden Lehrereinstellungen auf Beamtenplanstellen sollen dem Bezirk im kommenden Schuljahr 2017/2018 166 erhalten bleiben. Das entspricht einer Quote von 77 %. Das heißt: 50 Lehrer muss der Bezirk nach Oberbayern abgeben.

Spannend sind für uns jetzt die Fragen: Nach welchen Kriterien erfolgt die Auswahl? Wer führt die Auswahl durch? Warum dürfen nur diese 166 Lehrerinnen und Lehrer bleiben und die anderen eben nicht? Kennen Sie, Herr Staatssekretär Eisenreich, die Lehrerinnen und Lehrer, die bleiben dürfen, schon namentlich? Wie viele Planstellen erhält jetzt der Bayerische Untermain? – Wir wären für eine entsprechende Information sehr dankbar.

Aufgrund dieser Sachlage stimmt die SPD-Fraktion der Petition in vollem Umfang zu, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens wollen wir, dass alle am Bayerischen Untermain ausgebildeten Lehrer auch hierbleiben dürfen; denn hier werden sie dringend gebraucht. Wir wollen, dass an den Schulen kontinuierlich, also dauerhaft, nachhaltig sowie konzeptionell gut und sicher geplant werden kann. Das ist notwen-

dig für eine gute Bildung in unserem Land; die wollen wir schließlich alle.

Im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt es bedauerlich, dass wir alles, was jetzt erst auf Druck der Petition erwirkt wurde,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

schon sehr viel früher hätten haben können, wenn sich die CSU hier nicht beharrlich gesträubt hätte. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Kollege Dr. Fahn für die Fraktion der FREIEN WÄHLER im Rahmen der Aussprache – eben haben wir die Berichterstattung gehört – das Wort.

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen ich bitte jetzt um etwas mehr Ruhe. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich fange mit der positiven Nachricht an, die wir vor zehn Tagen nicht erwartet hätten: Es ist ein großer Erfolg, dass im nächsten Schuljahr 77 % der in Unterfranken zur Besetzung anstehenden Beamtenplanstellen in Unterfranken verbleiben. Letztes Jahr betrug dieser Wert 21 %. Auch die Rückversetzungsquote von Oberbayern nach Unterfranken ist mit 60 Lehrkräften sehr gut. Letztes Jahr waren es 20 Rückversetzungen.

Das ist ein positiver Erfolg, der hart erkämpft werden musste. Frau Fehlner hat schon gesagt, dass dazu die Petition beigetragen hat. Zum ersten Mal haben vier Gemeinderäte am Untermain eine Petition behandelt und ihr einstimmig zugestimmt. Das hat es in dieser Form noch nie gegeben. Das ist eine Quelle des Erfolgs, die vom BLLV – in Unterfranken heißt er ULLV – unterstützt wurde. Das ist wichtig für das Verständnis des Ganzen.

Dieser Erfolg kann nicht von der staatstragenden Partei CSU und auch nicht von der Regierung von Unterfranken als Erfolg bezeichnet werden; denn wir haben mal wieder gesehen – ich habe alle Unterlagen gesammelt –: Alle Anträge wurden abgelehnt, und auch die Schreiben von Ministern tendierten dazu, das Ganze abzulehnen. Das war selbst noch am 20. Juni der Fall, obwohl Herr Tobias Reiß, der für die CSU noch reden wird, gesagt hat – das steht im Protokoll –: Für die Situation am Untermain gibt es ein fraktionsübergreifendes Verständnis.

Das ist eine gute Aussage, aber ich verstehe zum Beispiel nicht, warum der Abgeordnete Rüth am 21. Juni auf seiner Homepage von guter Lehrerversorgung am Untermain sprach; denn das ist doch eine Fehleinschätzung. Am 20. Juni wurde gesagt, es gebe Verständnis für das Problem. Das Problem ist jetzt auch insgesamt verbessert und zumindest teilweise gelöst worden.

Das war bisher immer so: Wenn so ein Thema bei Eltern oder bei Verbänden aufkam, wurde bei der Regierung von Unterfranken angefragt. Sie hat dann immer gesagt: Es genügt, wenn in jeder Klasse ein Lehrer steht. Dann ist statistisch alles in Ordnung. – Das ist aber nicht der Fall. Ich kann das mit dem Krankenhaus vergleichen. Da ist die formelle Versorgung vielleicht gesichert, wenn am Krankenbett ein Pfleger, ein Arzt, eine Krankenschwester und ein Hausmeister stehen. Dann ist auch die Versorgung quantitativ gesichert, aber nicht qualitativ. Darum ging es aber, und das ist der entscheidende Unterschied. Deswegen musste sich insgesamt etwas verbessern.

Ich sage: Der permanente öffentliche Druck hat sich gelohnt. Positiv ist, dass er sich so ausgewirkt hat. Richtig war, dass auch im Kultusministerium weiter daran gearbeitet wurde.

Wir in Unterfranken haben große Probleme mit Blick auf die hohe Fluktuation. Circa 150 bis 200 Lehrer hatten im letzten Jahr Versetzungsanträge gestellt. Von 40 bis 50 ausgebildeten Lehrern verbleiben am Untermain nur vier bis fünf. Das ist schon eine besondere Situation, die es in dieser Form ansonsten in Bayern nicht gibt. Dazu kommen sehr viele Angestelltenverträge. 40 % aller Angestelltenverträge in Unterfranken stammen vom Bayerischen Untermain. Das ist ein sehr hoher Prozentsatz. Normalerweise beträgt die Beamtenquote in Bayern in diesem Bereich 96 bis 97 %. Am Untermain ist die Quote wesentlich geringer.

Zudem haben wir das Problem, dass wir eine Grenzregion sind. Grenzregion heißt, dass unsere Region an Hessen und Rheinland-Pfalz grenzt. Dort beginnt das Schuljahr wesentlich früher als in Bayern. Die Leute werden oft viel zu spät informiert. Was machen sie dann? – Sie gehen nach Rheinland-Pfalz oder nach Hessen. Wir haben das genau untersuchen lassen. Eine Abfrage des BLLV ergab, dass von 2010 bis 2016 insgesamt 91 Kolleginnen und Kollegen in andere Bundesländer abgewandert sind. Das heißt, in Bayern werden sie unter hohem Kostenaufwand ausgebildet, aber dann gehen sie weg. Man müsste einmal den Bund der Steuerzahler fragen, was er dazu sagt. Diese Leute müssten eigentlich in Unterfranken bleiben.

Ich möchte jetzt keine Lösungsvorschläge bringen. Herr Ländner war auch einmal bei einem Gespräch anwesend, und es hat ganz positiv gewirkt, was er gesagt hat.

(Zuruf von der CSU)

Sie standen sogar in der Zeitung, Stichwort: Lex Untermain. Das war gar nicht so schlecht.

Vor drei Jahren gab es schon einmal eine analoge Petition. Damals wurde sie von 3.700 Petenten unterschrieben. Erst wurde es besser, dann wieder schlechter.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir müssen dauernd kämpfen. Unterfranken liegt am Schwanz des Bayerischen Löwen und ist grundsätzlich oftmals benachteiligt und wird vergessen.

(Peter Winter (CSU): Am Kopf!)

Im Interesse gleichwertiger Lebensbedingungen brauchen wir in Unterfranken eine dauerhafte Sicherung als permanente Bringschuld des Kultusministeriums und nicht als Holschuld der Bürger und der Kommunen. Deswegen hoffen wir heute auf eine gute Lösung, die auch in einigen Jahren noch gilt.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, denken Sie an Ihre Redezeit.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Danke, auch für Ihre Zwischenrufe, Herr Winter.

(Peter Winter (CSU): Der Kopf, nicht der Schwanz, damit du Bescheid weißt!)

– In Ordnung, aber in dem Fall war es der Schwanz.

(Allgemeine Heiterkeit)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung für die CSU-Fraktion kommt von Herrn Kollegen Reiß. Bitte schön, Herr Kollege.

Tobias Reiß (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bezüglich der regionalen Einteilung Bayerns muss ich schon etwas Wasser in den sauren Wein gießen, den Sie, Herr Kollege Fahn, uns heute präsentieren wollten.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der CSU)

Meines Wissens gibt es in Unterfranken nicht nur guten Wein, sondern auch eine gute Lehrerversorgung. Unterfranken liegt in dieser Hinsicht an der Spit-

ze Bayerns. Es liegt auch in anderen Bereichen ganz vorne.

(Zuruf von der SPD)

Natürlich, Herr Kollege Fahn, haben wir vollstes Verständnis für die Situation am Untermain und für die Lehrerversorgung in Unterfranken insgesamt.

Wenn wir den Blick auf diese Region und auch auf ganz Bayern richten, dann stellt sich schon die zentrale Frage, die wir auch schon im Ausschuss diskutiert haben, wie die Lehrerbuteilung in Zukunft insgesamt organisiert werden soll. Soll sie sich weiterhin an den Schülerzahlen orientieren? Herr Kollege Güll, der Vorsitzende des Bildungsausschusses, wird sich noch zu Wort melden. Wie soll man es denn anders regeln? Auch Herr Kollege Güll sagt, dass die Lehrer dort eingesetzt werden sollen, wo Schüler sind, und zwar genau entsprechend dem regionalen Bedarf.

(Beifall bei der CSU)

Ich sehe jedenfalls nicht, dass jemand dieses System grundsätzlich anders gestalten wollte. Die Situation ist eben so, wie sie ist. Herr Kollege Fahn, da nützt auch das fleißigste Unterschriftensammeln nichts. Sie können einmal dem Kollegen Streibl erklären, wie er in Oberammergau die Lehrerversorgung bedarfsorientiert organisieren soll. 36 von 100 Schülern in Bayern sind in Oberbayern zu unterrichten, in Unterfranken sind es 10 von 100 Schülern. Es war vor 15 Jahren noch so, dass es in Oberbayern nur 29 von 100 Schülern waren. Wir haben also eine Steigerung in Oberbayern, was die Schülerzahlen anbelangt, von rund 20 %. Gleichzeitig haben sich die Schülerzahlen in Unterfranken um 20 %, von 12 auf 10 Schüler von 100, reduziert. Darauf muss man natürlich mit der Lehrerbuteilung reagieren.

Wenn in München beispielsweise an der Uni nur 15 % aller Lehramtsstudierenden studieren und die weit überwiegende Anzahl der Lehramtsstudierenden, gerade im Grundschulbereich, in Nordbayern ausgebildet wird, in Bamberg, in Erlangen-Nürnberg, in Würzburg oder auch in Passau und Regensburg, dann stellt sich natürlich die Frage, wie die ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer regional verteilt werden.

Wir sollten uns einmal den Wortlaut der Petition anschauen. In der Petition wird gefordert, dass alle Lehrer, die am Untermain ausgebildet werden, auch am Untermain bleiben dürfen sollen.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Bleiben dürfen!)

Eine ähnliche Forderung könnten die Kollegen Huber für Niederbayern, Hofmann für Oberfranken, Hans Herold für Mittelfranken und ich für die Oberpfalz erheben. Wollen wir garantieren, dass die Studierenden überall dort, wo sie ausgebildet werden, auch eingesetzt werden? Es ist eine Garantie, die ausgesprochen werden soll. Sollen wir beschließen, dass diese jungen Leute dort, wo sie studiert haben, bleiben dürfen, ganz unabhängig vom Bedarf? Das widerspricht allen rechtlichen Vorgaben und allen Beschlüssen, die wir dazu im Landtag gefasst haben.

Natürlich unterstützen wir die Forderung, dass alle Möglichkeiten im Sinne der Studierenden ausgeschöpft werden. Herr Kollege RÜTH kümmert sich ja, jahraus um eine gute Lehrerversorgung am Untermain. Er spricht dieses Thema ständig an und fordert ein, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um eine entsprechende Versorgung zu organisieren. Es trifft nicht zu, was Sie, Herr Kollege FAHN, sagen, nämlich dass der Anteil der verbeamteten Lehrkräfte am Untermain schlechter sei als anderswo. Das mag in der Vergangenheit so gewesen sein. Herr Kollege EISENREICH wird das sicher noch darstellen. Wir haben eine Verbeamtungsquote von 96 bis 97 % in dieser Region, wie übrigens in ganz Bayern. Da gibt es keinerlei Unterschiede.

Wenn jetzt 166 von 216 unterfränkischen Bewerbern ein Einstellungsangebot in Unterfranken bekommen, dann kommen alle Verheirateten und etliche Ledige, die Besten sowieso, in diesem Jahr nach Unterfranken, und es gibt 64 Rückversetzungen. Wenn wir der Petition zustimmen würden, dass wir alle 216 Bewerber einstellen, was passiert dann mit den Rückversetzungen? Dann müssten Sie den jungen Lehrerinnen und Lehrern, die in Oberbayern eingesetzt sind und die wegen der Familienzusammenführung nach Unterfranken wollen, und der Alleinerziehenden, die in München ist und nach Unterfranken möchte, erklären,

(Beifall bei der CSU)

dass der Junglehrer, der keine sozialen Kriterien geltend machen kann, vorzuziehen ist. Das sage ich auch Ihnen, Frau Kollegin FEHLNER. In der Petition wird der BLLV zitiert. Das unterstützen Sie. Das Ministerium soll junge Leute dort einsetzen, wo sie verwurzelt sind und sich wohlfühlen, unabhängig vom Familienstatus. Die Petition mit dieser Forderung sollen wir heute zur Berücksichtigung beschließen? Sollen soziale Faktoren tatsächlich keine Rolle mehr spielen? Soll der Junglehrer ungeachtet sozialer Kriterien eingestellt werden? – Wir wollen das nicht. Das ist auch der Grund, warum wir der Petition nicht zugestimmt haben. Letztendlich geht es um die Frage, ob ein Junglehrer, der keine sozialen Kriterien erfüllt, Vor-

rang vor der Rückversetzung beispielsweise einer jungen Lehrerin hat, die Anspruch auf Familienzusammenführung hat. Ich danke hier allen jungen Lehrerinnen und Lehrern, vor allem denjenigen, die soziale Kriterien erfüllen, dass sie einen Beitrag dazu leisten, dass wir in Bayern eine ausgewogene Lehrerversorgung in allen Regionen haben.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich haben wir Verständnis für alle angehenden Beamten, gleich welcher Fachrichtung, die heimatnah eingesetzt werden wollen. Das ist das Natürlichste von der Welt. Es wird natürlich versucht, diesen Wünschen zu entsprechen. Herr Kollege EISENREICH wird sicherlich dazu noch einiges sagen. Aber man darf Bayern insgesamt nicht aus dem Blick verlieren. Das ist vielleicht auch das, was uns von den FREIEN WÄHLERN unterscheidet, lieber Kollege FAHN. Ein Bündel von Einzelinteressen führt noch nicht zu einem Plan für ganz Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Der Kollege RÜTH kämpft für seine Heimat mit maximalem Einsatz und kann dennoch den Blick auf das gesamte Bayern nicht ausblenden. Herr Kollege STREIBL, sollen wir den Überbedarf in Unterfranken einstellen und in Südbayern schulfrei erteilen? Wir hätten ja dann nicht die notwendigen Lehrkräfte. Was sagen Sie dazu? Ich denke, ich konnte erklären, wieso wir dieser Petition mit diesem Wortlaut nicht zustimmen können und am Votum des Ausschusses festhalten.

(Beifall bei der CSU – Peter Winter (CSU): Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat der Kollege GÜLL für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche jetzt einmal als Oberbayer für die Unterfranken.

(Peter Winter (CSU): Da bin ich jetzt gespannt, Martin!)

Ich fahre auch gerne nach Unterfranken. Unterfranken ist eine Lieblingsregion von mir. Das Thema muss schon genauer und ohne Schaum angeschaut werden. Im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes haben wir versucht klarzumachen, welche Situation es in Unterfranken gibt. Dort ist die Lehrerversorgung hinsichtlich der Schulentwicklungsmöglichkeiten und der Personalentwicklung grenzwertig. Wir müssen befürchten, dort mittelfristig keine Schulleitungsposten mehr besetzen zu können, weil

die Fluktuation sehr hoch ist. Es hat niemand behauptet, dass die Schüler dort keine Lehrerversorgung haben. Die ist auf dem Papier gewährleistet. Am Bayerischen Untermain gab es über viele Jahre zu wenige Planstellen, die mit den Lehrkräften des Untermain's hätten besetzt werden können. Dies führt zwangsweise dazu, dass wir die sehr gut ausgebildeten Lehrkräfte aus dem System verlieren, weil sie nach Hessen gehen. Derzeit haben wir gerade an den Grundschulen einen extremen Lehrermangel. Wir leisten es uns sogar, einige hundert Lehrer aus dem System zu verlieren, weil sie nicht nach Oberbayern wollen und stattdessen über den Main nach Hessen gehen. Dort verläuft ja die Grenze zu Hessen. Das ist erst einmal der Sachverhalt. Ich habe im Ausschuss auch gesagt, dass Oberbayern natürlich versorgt werden muss. Das ist doch überhaupt keine Frage. Die Frage ist doch: Wie versorgen wir Oberbayern?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Hierzu ist mir kein Landtagsbeschluss bekannt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Vielleicht lohnt es sich, einfach mal zuzuhören? – Man muss ja nicht derselben Meinung sein. Vielleicht ist das Thema aber so wichtig, dass man es sich zumindest einmal anhören kann. In Oberbayern besteht ein hoher Bedarf an Lehrkräften. Den Lehrerausgleich muss man durchführen. Da bin ich voll bei Ihnen. Anders geht es ja auch nicht. Aber es gibt keinen Landtagsbeschluss dazu, wie das Prozedere stattfinden soll.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es gibt einen Landtagsbeschluss, wonach soziale Kriterien Anwendung finden müssen. Ich habe im Ausschuss auch gesagt, dass es seine Berechtigung hat, den Bayerischen Untermain als "Sondergebiet" zu betrachten, damit die dortige Fluktuationsbewegung durchbrochen werden kann. Das machen wir übrigens in Oberbayern auch. Von Oberbayern wird auch kein Lediger nach Unterfranken geschickt. Dort lassen wir die Ledigen in ihrer Heimat.

(Peter Winter (CSU): Früher schon! – Zuruf von der CSU: Das ist ja logisch!)

– Natürlich ist das logisch! Aber da kommt doch keiner auf die Idee —

(Inge Aures (SPD): Mit denen hat es keinen Sinn!)

– Nein, es hat wirklich keinen Sinn! Es kommt doch keiner auf die Idee, dort die Landtagskriterien der so-

zialen Berücksichtigung anzuwenden. Dort wird klar akzeptiert, dass jeder oberbayerische Lehrer in seiner Heimat bleiben kann.

(Tobias Reiß (CSU): Das stand klar in der Petition!)

Jetzt kommt ein Lösungsvorschlag.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Petition will letztlich nichts anderes erreichen. Die Petition fordert nicht, dass wir den Untermain "sonderbehandeln" sollen.

(Petra Guttenberger (CSU): Doch, genau das stand doch drin!)

Sonderbehandlung ist in dem Sinn gemeint, dass wir die Fluktuation durchbrechen müssen.

(Inge Aures (SPD): Das ist ja unerträglich!)

Ich glaube, dass es zu einer Lösung führen würde, wenn man das Rotationsprinzip überdenken würde. Das habe ich bereits im Ausschuss gesagt. Leider gibt es bei der Lehrerzuweisung in Bayern keine Systematik. Man sieht den Bedarf und schickt die Lehrer einfach in die Regionen. Man fängt bei den ledigen Lehrkräften an, und wenn deren Anzahl nicht reicht, dann werden auch noch verheiratete Lehrkräfte hingeschickt, Hauptsache, der Bedarf ist gedeckt.

Zum Nachdenken: Was wäre denn, wenn wir uns darauf einigen könnten, dass Lehrkräfte – ich meine ganz bewusst auch die Verheirateten und eventuell auch die mit Kind – beispielsweise zwei Turnusse lang in Bayern rotieren müssen. Danach kommen sie sicher zurück in ihre Heimat, und nicht erst nach zwölf Jahren. Ich habe das Modell nicht durchgerechnet, weil ich die Mittel dafür nicht habe. Ich möchte lediglich, dass man diesen Vorschlag prüft. Der Effekt wäre, dass wir die Lehrkräfte mittelfristig wieder in ihre Heimatregionen zurückschicken könnten. Diese brauchen wir gerade in den Schulen, um eine vernünftige Schulentwicklung und Werteerziehung betreiben zu können. Aus eigener Erfahrung an meiner ehemaligen Schule in Oberbayern weiß ich, wie schwierig es ist, wenn ich mit Lehrkräften arbeiten muss, die auf Abruf sind.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Diese Lehrkräfte warten nur darauf, wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Mit diesen Lehrkräften kann man keine Schulentwicklung und auch keine Projekte machen. Diese Lehrkräfte sind immer auf dem Sprung. Es kann doch nicht sein, dass uns in Bayern

für die nächsten fünf bis zehn Jahre nichts anderes einfällt als das vorhandene System, zumal wir momentan eine Unterversorgung mit Lehrkräften haben, bei der wir es uns nicht leisten können, auch nur eine Lehrkraft aus dem System zu verlieren. Ich möchte keine Lehrkraft nach Hessen abgeben, sondern ich möchte jede Lehrkraft bei uns halten. Ich bin davon überzeugt, dass wir die Leute bei uns halten können, wenn wir ihnen eine Perspektive in Bayern anbieten.

(Beifall bei der SPD)

Nichts anderes soll über diese Petition geschehen. Das haben Sie abgelehnt. Eine ernsthafte Diskussion wird leider nicht geführt.

(Peter Winter (CSU): In der Petition stand aber etwas anderes!)

Ich bedauere das sehr. Klar ist, dass wir, die SPD, der Petition zustimmen werden. Das hat auch schon meine Kollegin Frau Fehlner gesagt. Wir wollen das Problem von Grund auf lösen, und es ist lösbar.

(Beifall bei der SPD – Peter Winter (CSU): Wie bitte?)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank.

Martin Güll (SPD): – Ich habe doch gerade einen Vorschlag gemacht! Lasst uns das doch einmal durchsprechen.

Präsidentin Barbara Stamm: Einen Moment bitte!

(Unruhe)

Der Kollege Ländner hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte, vielleicht geht es ein bisschen ruhiger.

(Abgeordneter Manfred Ländner (CSU) hat Probleme, das Mikrofon einzuschalten. – Florian von Brunn (SPD): Das liegt am bayerischen Schulsystem! – Volkmars Halbleib (SPD): Das ist die Hitze!)

Manfred Ländner (CSU): – Nein, das liegt nicht am bayerischen Schulsystem, sondern an der bevorstehenden Sommerpause! Diese bringt manches in der Technik und in anderen Bereichen durcheinander.

Kollege Güll, wir gehen davon aus, dass wir ein Problem gemeinsam erkennen und nach Lösungen suchen. Es gibt aber Dinge, die sich einfach schwierig gestalten. Der Kollege Reiß hat die Probleme sehr sachlich aufgezeigt. Der Kollege Reiß – Oberpfalz! – hat nicht die Probleme, die wir am Untermain haben. Eine Lehrkraft wandert einfach nicht nach Tschechien

ab. Wir können aber unseren jungen Frauen und Männern mit abgeschlossenem Studium nicht verbieten, in andere Regionen zu gehen. Das wollt ihr nicht. Aber ihr wollt ein Rotationsprinzip einführen. Das wollt ihr. Viele, die in ihrer Heimatregion eingesetzt werden könnten, würden dadurch in andere Regionen geschickt. In einem bayerischen Rotationssystem muss jede Lehrkraft für eine gewisse Zeit weg von der Heimat. Das kann ja auch nicht funktionieren.

Man kann sich auch alles schönreden. Es gibt nicht nur ein Problem am Untermain, sondern auch in Unterfranken. Die Lehrkräfte gehen nach Unterfranken und sind glücklich, in der Heimat zu sein. Werden sie jedoch an den Untermain versetzt, dann ist die erste Amtshandlung, dass sie einen Versetzungsantrag stellen, und zwar vom Untermain weg. Sie wollen sich nach Würzburg, nach Schweinfurt oder in die Rhön versetzen lassen. Wie wollen Sie dieses Problem lösen? Muss man dann in Unterfranken bleiben, wenn man erst einmal in Unterfranken ist? – Das kommt nämlich noch hinzu. Die Lehrkräfte wollen nämlich nicht an den Untermain. Herr Kollege Fahn, ich würde mich jetzt fragen, wieso diese Lehrkräfte nicht an den Untermain wollen. An dir liegt es wahrscheinlich nicht. Das nehme ich jetzt einmal an. Ich bitte Sie, zu bedenken, dass bei jungen Menschen, die einen Beruf suchen, irgendwann das Umfeld passen muss. Denken Sie bitte Ihre Vorschläge zu Ende. Wir können nicht jungen Menschen auf Dauer sagen, wo sie hin müssen, um die Probleme am Untermain zu lösen. Wir können jungen Menschen nicht verbieten, irgendwo anders hinzugehen. Das wäre nämlich nicht im Sinne einer freiheitlichen Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Güll, ich gebe Ihnen die Zeit dazu. Gut? – Bitte schön.

Martin Güll (SPD): Lieber Herr Kollege Ländner, verbieten möchte ich niemandem etwas. Ich suche nach einer Lösung für das Versorgungsproblem, das in den nächsten zehn Jahren noch gravierender werden wird. Herr Kollege Ländner, wenn Sie aus der Region Würzburg nach Miltenberg versetzt werden, würden Sie wahrscheinlich, wenn Ihr Haus in Würzburg steht, auch zurück wollen. Da spielt es keine Rolle, dass beide Orte in Unterfranken liegen. Die Heimat ist dort, wo man aufwächst. Sind wir uns da einig? – Das ist doch klar.

Für die jungen Lehrkräfte und für die jungen Polizisten gilt gleichermaßen, dass sie am effektivsten in ihrer Heimat wirken, weil sie dort verwurzelt sind und sich dort auskennen. Dort können sie den Kindern etwas mitgeben. Das muss doch unser gemeinsames Ziel

sein. Ich frage Sie, was ist gescheiter: Sollen wir eine Kohorte von jungen Lehrern zwölf Jahre lang oder noch länger in die Diaspora nach Oberbayern schicken? Diese Leute hätten dann keine Chance zurückzukommen, ein Haus zu bauen oder eine Familie zu gründen. Oder diese Leute müssen eine Familie gründen und Kinder kriegen, damit sie zurückkommen können. Ist es da nicht besser, ein kalkulierbares, überschaubares und klar definiertes Rotationsprinzip einzuführen? Dieses Thema ist noch nicht einmal durchgedacht, aber Sie sagen bereits das "Aber", bevor das "Wenn" zu Ende gedacht worden ist.

Wir könnten mit diesem Modell jedem in die Karten spielen. Das müssen wir auch tun, da wir jetzt eine Situation haben, die nicht mehr mit der Situation vor zehn bis fünfzehn Jahren vergleichbar ist. Als ich Junglehrer war, sind die Oberbayern nach Franken geschickt worden. Damals hat die Rotation noch funktioniert. Jetzt funktioniert sie nicht mehr. Deshalb brauchen wir ein neues Verfahren. Das sehen wir am Beispiel Untermain sehr deutlich, da wir die Leute an die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg verlieren. Diese Leute sind weg, wenn sie in Mainhausen eine Lehrerstelle mit Verbeamtung bekommen. Das möchte ich nicht; denn wir brauchen jeden Grundschullehrer.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie uns doch darüber nachdenken, wie wir dieses Problem lösen können. Sie sagen schon vorher, dass unser Vorschlag nicht funktioniert. Ich sage: Sie wollen das Problem nicht lösen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt erteile ich Herrn Kollegen Gehring für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Spezialist für den Untermain möchte ich etwas zu diesem Thema sagen. Ich bin davon überzeugt, dass gerade die Menschen im Norden und im Süden Bayerns häufig einen gemeinsamen Blick und die gleichen Probleme haben; denn dort sind die Situationen sehr ähnlich. Wir reden heute über die Unterrichtssituation am Untermain und damit über die allgemeine Lehrerversorgung und dann über die besondere am Untermain. Bei der allgemeinen Lehrerversorgung haben wir in diesen Gebieten Zyklen. Momentan werden alle Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer eingestellt. Vor ein paar Jahren sind viele Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer nicht eingestellt worden. Momentan

bekommen 90 % der Absolventen für das Gymnasiallehramt keine Planstelle. Diese Zyklen bei der Lehrereinstellung sind ein Problem. Außerdem haben wir noch das Problem, die Lehrkräfte regional zu verteilen.

Am Untermain gibt es viele kleine Schulen. Dieses Jahr ist die Lehrerezuteilung an diese Schulen besser gelungen. Das hat damit zu tun, dass es inzwischen einen demografischen Faktor gibt, wonach kleine Schulen eine Sonderzuweisung bekommen. Ich darf daran erinnern, dass sich die GRÜNEN jahrelang dafür eingesetzt haben. Mein Kollege Adi Sprinkart hat damals diese Anträge gestellt. Dann hat es Jahre gedauert, bis der demografische Faktor eingeführt wurde. Danach musste abgewartet werden, bis der demografische Faktor wirkt. Offensichtlich beginnt er jetzt zu wirken. Das ist ein Erfolg unserer Politik.

Das Problem des Untermain besteht darin, dass er sich aus zentralbayerischer oder oberbayerischer Sicht an der Peripherie des Freistaats Bayern befindet, sozusagen am Schwanz des bayerischen Löwen. Mit der Peripherie ist es im Süden und im Norden Bayerns das Gleiche. Das gilt für den Untermain genauso wie für den Landkreis Lindau. Diese Gebiete befinden sich nicht in der Peripherie, sondern im Zentrum hoch attraktiver Regionen. Die jungen Menschen haben die Möglichkeit, in andere Bundesländer zu gehen. Genau das passiert am Untermain. Junge Lehrkräfte sagen: Bevor ich nach Oberbayern muss, weil ich in Unterfranken keine Stelle bekomme, gehe ich lieber nach Hessen oder nach Baden-Württemberg.

Ein Grund, warum die jungen Leute gehen, sind die früheren Einstellungstermine in den anderen Bundesländern. In Bayern müssen die Leute warten und werden zwei Tage vor Schulbeginn irgendwo hinverwiesen, wo sie zunächst einmal keine Wohnung haben. In anderen Bundesländern bekommen sie ihre Stelle schneller. Deshalb müssen wir uns das Thema "frühere Einstellungstermine" näher betrachten und prüfen, warum andere Bundesländer etwas können, was wir nicht können. In Baden-Württemberg kommt hinzu, dass es dort neben den früheren Einstellungsterminen eine schulscharfe Einstellung gibt. Die Schulen können die jungen Leute bereits im Januar einstellen und ihnen eine Stelle garantieren. Erst in einer zweiten Tranche wird versucht, eine landesweite Verteilung zu erreichen. Ich könnte mir für den Untermain einen entsprechenden Modellversuch vorstellen, um zu prüfen, ob dadurch eine bessere Versorgung mit Lehrkräften erreicht werden kann. Das wäre ein Vorschlag, dem wir nähertreten sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Petition wurde von Eltern eingereicht, die natürlich auf die Barrikaden gehen.

(Manfred Ländner (CSU): Die wurde vom Fahn gemacht!)

– Ich glaube nicht, dass die Unterschriften alle von Herrn Dr. Fahn sind. Ich glaube nicht, dass er ein so guter Graphologe ist. Diese Unterschriften stammen von den Eltern. Die Eltern erleben die Probleme mit der Unterrichtsversorgung in Unterfranken seit Jahren. Dort wechseln die Lehrkräfte. Die Lehrkräfte gehen nach der dritten Klasse weg, sodass die Schülerinnen und Schüler wieder neue Lehrkräfte bekommen. Wir müssen deshalb zusehen, dass wir mehr Stabilität in die Lehrerversorgung bekommen.

Ich finde es richtig, dass wir hier über Lösungsvorschläge diskutieren. Natürlich gibt es keine einfachen Lösungen. Eine Petition wird meistens einfach formuliert. Unsere Aufgabe ist es, auf komplexe Probleme gute Antworten zu finden. Deshalb finde ich es gut, dass diese Petition eingereicht worden ist. Sie regt uns zum Nachdenken, zum Debattieren und zum Arbeiten an. Das ist gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Eisenreich ums Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung ist eine Daueraufgabe und ein wirklich zentrales Anliegen der Bildungspolitik. Da diese Aufgabe in jedem Schuljahr wiederkehrt, ist es gut und richtig, dass wir uns damit beschäftigen.

Unser Anliegen ist es, dass die Schulen gut versorgt sind und die Unterrichtsversorgung sichergestellt wird. Unser Anliegen ist aber auch eine gerechte Verteilung. Deshalb dürfen wir nicht nur einzelne Regionen, sondern müssen ganz Bayern im Blick haben. Dabei dürfen wir aber regionale Besonderheiten nicht aus dem Blick verlieren.

Ich finde den Hinweis des Kollegen wichtig, dass es Arbeitsplätze für Lehrer nur dort gibt, wo es Schüler gibt. Wenn wir uns darauf einigen könnten, wären wir schon einen großen Schritt weiter. Da es Arbeitsplätze für Lehrer nur dort gibt, wo es Schüler gibt, muss sich die Verteilung jeweils nach den Schülerzahlen richten, also nach dem Bedarf. Dafür haben wir für ganz Bayern ein einheitliches und transparentes Verfahren entwickelt, mit dem wir sicherstellen wollen,

dass es in ganz Bayern vertretbare Klassengrößen gibt. Wir wollen damit außerdem sicherstellen, dass der Pflichtunterricht abgedeckt ist und dass die Bildung von Gruppen und AGs möglich ist. Lieber Martin Güll, du hast es gesagt: Dabei geht es natürlich auch um die Stabilität im Lehrerkollegium. Auch sie ist ein wichtiges Anliegen.

Wenn man diese Ziele hat, dann ist die Budgetierung auf der Grundlage der Schülerzahlen ein transparentes, ein gerechtes Verfahren zur Verteilung der Ressourcen.

Zum Thema Versetzungsanträge und Einsatzwünsche: Ich verstehe jeden Lehramtsstudenten, der fertig wird, und auch jeden Lehrer, der außerhalb seiner Heimat arbeitet, der zurück möchte. Aber alles, was der Staat macht, ist justiziabel. Jede Entscheidung über eine Einstellung, jede Versetzung ist vor den Gerichten überprüfbar. Deshalb brauchen wir ein justiziables, nachprüfbares Verfahren. Wenn wir Fehler machen, dann werden unsere Entscheidungen vom Gericht aufgehoben. Insofern sind unsere Spielräume relativ klein. Für uns sind die rechtlichen Vorgaben und – das möge das Hohe Haus bitte nicht vergessen – auch die Beschlüsse des Bayerischen Landtags maßgebend. Wir sind an die Beschlüsse des Bayerischen Landtags gebunden.

(Beifall bei der CSU)

Diese Beschlüsse geben uns auch eine bestimmte Rangfolge sozialer Kriterien vor, von denen wir im Übrigen auch nicht abweichen können. Da ist zum Beispiel die Vorgabe, dass die Versetzungswünsche von Ehepaaren mit Kindern vorrangig zu berücksichtigen sind gegenüber den Wünschen anderer Ehepaare, die keine Kinder haben. Das ist eines dieser Kriterien.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist sozial!)

Ein anderes Kriterium ist, dass Familienzusammenführungen Vorrang vor den Versetzungswünschen lediger Bewerber haben.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Aber das will die SPD nicht!)

Das sind Beschlüsse des bayerischen Parlaments, an die wir gebunden sind.

Ich möchte noch etwas zum Zeitpunkt sagen: Lieber Herr Kollege Gehring, es gibt unter anderem einen banalen Grund, warum in Hessen früher bekannt ist, wer eine Stelle bekommt und wo er hinkommt. Der Grund ist ganz einfach der, dass dort die Schule früher anfängt. In Hessen fängt die Schule früher an.

Bayern ist eines der Länder, bei denen die Schule am spätesten anfängt. Folglich verrutscht dann das ganze Einstellungssystem. Das sind banale Gründe, die wir nicht ändern können, weil die Schulferien bundesweit durch die KMK festgelegt werden.

Wir haben also ein bayernweit einheitliches, ein transparentes, auch ein justiziables Verfahren. Dennoch haben wir Möglichkeiten, auf regionale Besonderheiten einzugehen, auch aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung der Schülerzahlen. Die haben insbesondere an den Grund- und Mittelschulen Auswirkungen. Darauf möchte ich mich beschränken und dies kurz darstellen.

Zur Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und zum Erhalt von Schulstandorten, was ein großes Anliegen des ganzen Hauses ist, haben wir vor allem zwei Instrumente: Das eine ist der Demographiezuschlag, den es noch gar nicht so lange gibt. Er wurde auch auf Anregung des Parlaments eingeführt. Am Anfang waren das 40 Stellen; in der Zwischenzeit sind es 150 Stellen. Nächstes Jahr werden es 180 Stellen sein, die wir für den Demographiezuschlag haben. Damit haben wir auch Steuerungsmöglichkeiten. Außerdem haben wir Stellen aus dem Grund- und Mittelschulbudget zur Unterstützung der kleinen Standorte. Das heißt beispielsweise für Unterfranken, dass wir aus diesen Möglichkeiten 29 Stellen in diesem und auch im nächsten Jahr haben. Wichtig ist mir, dass es keine Lex Unterfranken oder auch keine Lex Untermain gibt; denn wir müssen tatsächlich bayernweit alles im Blick haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir können aber trotzdem auf Besonderheiten Rücksicht nehmen. Im nächsten Schuljahr profitiert Unterfranken davon in besonderer Weise. Das ist schon dargestellt worden. Von den 216 Einstellungsbewerbern aus Unterfranken erhalten 166 ein Angebot in Unterfranken. Ich bedanke mich dafür, dass das lobend erwähnt wurde. Das ist nämlich tatsächlich ein großer Erfolg. Was die Rückversetzungsmöglichkeiten anbelangt, so könnten 64 nach Unterfranken zurückkehren. Wenn wir aber alle unterfränkischen Einstellungsbewerber dort einstellen würden – und hier hast du recht, lieber Herr Kollege Reiß –, dann gäbe es im nächsten Jahr keine einzige Rückversetzung. Das wäre auch nicht sozial. Deshalb ist dieses Verfahren das gerechtere und das sozialere.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben also ein transparentes, bayernweit einheitliches Verfahren, ein Verfahren das vor den Gerichten überprüfbar ist. Wir haben aber auch ein Verfahren, das auf regionale Besonderheiten eingehen kann, wie

man bei der Unterrichtsversorgung im nächsten Schuljahr sehen kann.

Lieber Martin Güll, wir sind gerne bereit, uns das Rotationsprinzip anzuschauen. Wir werden dabei aber ein Problem haben, nämlich die Frage, ob wir Einstellungsgarantien geben können. Wir können nicht einfach sagen, dass man eine Einstellungs- oder eine Rückkehrgarantie hat, wenn man ein oder zwei Jahre rotiert. Aufgrund der Schülerzahlen und der Einstellungsmöglichkeiten ist das wahrscheinlich nicht möglich. Wir werden uns aber einen Jahrgang anschauen und prüfen, ob das vom Grundsatz her zu einem vernünftigen Ergebnis führen würde.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

Ich danke allen, die sich engagiert haben. Ich freue mich über jeden, der sich in der Bildung engagiert, der sich einbringt, sowohl bei den Bürgerinnen und Bürgern als auch bei den Kolleginnen und Kollegen. Wie so oft, hat auch bei diesem Ergebnis der Erfolg viele Väter. Es wird unterschiedlich agiert; das ist auch berechtigt. Als Oppositionsabgeordneter geht man vor allem den Weg über die Öffentlichkeit. Das möchte ich nicht kritisieren. Für die Abgeordneten der Regierungsfraktion gibt es andere Wege, nicht über die Öffentlichkeit, sondern über die direkte Kommunikation. Aber egal.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Sie reden doch auch mit uns, oder nicht?)

Auf jeden Fall sage ich meinen Dank allen, die sich hier eingesetzt haben, die uns gute Ratschläge geben. Die nehmen wir, wenn sie tatsächlich gut sind, auch gerne auf.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, bleiben Sie bitte. Wir haben eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Staatssekretär, ich mache es ganz kurz.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

– Bekomme ich schon vorher Beifall? – Super. Es ging doch darum, dass die Lehrerversorgung in Unterfranken und am Untermain in diesem Jahr besonders schlecht war. Daraufhin gab es sehr viele Petitionen mit noch mehr Unterschriften. Außerdem gab es vier Gemeinderatsbeschlüsse, auch mit den Stimmen der CSU; das möchte ich hier einmal ganz klar sagen. Auch die haben sich dafür eingesetzt. Hier fragen wir

uns, und diese Frage haben Sie noch immer nicht beantwortet: Warum wird das jetzt so gut?

(Unruhe bei der CSU)

Das ist doch auch ein Erfolg dieser vielen Petitionen und der vielen Unterschriften. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit schon einmal sagen. Wenn sich Herr Kollege Rüth so sehr einsetzt, dann ist das im Landkreis Miltenberg leider noch nicht angekommen. Es gibt massenweise Leserbriefe, die das kritisieren.

(Zurufe von der CSU: Kurz!)

– Ja, gleich, ich mache es kurz. Aber bei dieser Gelegenheit möchte ich auf dieses Faktum hinweisen.

Wir wissen, in Hessen beginnt die Schule früher. Aber könnte man denn nicht erreichen, dass die Bayern ihre Noten ein bisschen früher bekommen, damit die sich darauf rechtzeitig einstellen können?

(Peter Winter (CSU): Das schaffen wir ab!)

Dann noch zur Mobilen Reserve; denn die wird auch immer eingerechnet.

(Zurufe von der CSU: Kurz, kurz! – Allgemeine Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Mobile Reserve ist in Unterfranken, am Untermain, schon völlig aufgebraucht. Deshalb wäre es wichtig zu überlegen, was Sie von einer Lehrerzuweisung nach Bedarf anstatt nach Schülerzahl halten.

Wir wollen insgesamt weiterkommen. Herr Staatssekretär, wir begrüßen diese Entwicklung. Ich bitte Sie aber, dafür Sorge zu tragen, dass diese positive Entwicklung in Unterfranken auch in den nächsten Jahren anhält. Es darf nicht so sein, dass dies ein einmaliger Akt ist, weil sich so viele eingesetzt haben. Wir brauchen eine langfristige, sichere Perspektive für die Lehrer am Untermain; das haben sie verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Also, das Verfahren ist jedes Jahr gleich. Wir können es auch nicht jedes Jahr einfach ändern. Es ist transparent, einheitlich und nachprüfbar.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir haben in den letzten Jahren – daran sieht man auch den politischen Willen – beispielsweise durch die Einführung des Demographiezuschlags und die

Erhöhung dieses Zuschlags gezeigt, dass wir mehr Spielraum brauchen, um auf regionale Besonderheiten einzugehen. Ich habe es schon gesagt: Bei der Einführung waren es 40 Stellen, jetzt sind es 150 Stellen, nächstes Jahr werden es 180 Stellen sein. Das erhöht die Möglichkeiten, auch weil es der politische Wille ist, auf die Besonderheiten einzugehen.

Auf viele Dinge haben wir keinen beliebigen Einfluss. Wir haben keinen Einfluss auf die Examenszeitpunkte der Universitäten oder auf die Abschlüsse in den jeweiligen Jahrgangsstufen. Hessen ist einfach früher dran. Das sind Dinge, die man zumindest nicht einfach beliebig ändern kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie gute Ratschläge haben, sind wir gerne bereit, diese aufzunehmen und zu prüfen. Das gilt sowohl für die Vergangenheit als auch für die Zukunft. Auch nächstes Jahr werden wir uns darum bemühen, dass bayernweit alle Regionen gut versorgt sind, selbstverständlich auch der Untermain.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Nach der Geschäftsordnung ist der Abstimmung die Entscheidung des die Eingabe behandelnden Ausschusses zugrunde zu legen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Es wurde beantragt, die Abstimmung in namentlicher Form durchzuführen. Wer der Entscheidung des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes zustimmen will, den bitte ich, die blaue Ja-Karte zu benutzen. Für Gegenstimmen ist die rote Nein-Karte zu verwenden. Stimmenthaltungen sind mit der weißen Stimmkarte anzuzeigen. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 19.31 bis 19.36 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmkarten werden ausgezählt, und das Ergebnis wird dann bekannt gegeben. Wir haben es jetzt gleich geschafft. Deswegen bitte ich Sie, die Plätze einzunehmen, damit wir fortfahren können. – Herr Kollege, Sie müssen sich bitte noch ein bisschen gedulden.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich wollte bloß mein Knie durchdrücken!)

Ich möchte noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/16179 betreffend "Bericht zum Problem der multiresistenten Erreger" bekannt geben. Mit Ja haben 56 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 74. Enthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Jetzt sind noch die zur Einzelberatung hochgezogenen Anträge zum Glyphosat-Einsatz offen. Ich gehe zurück zu **Tagesordnungspunkt 3** und rufe zur gemeinsamen Beratung die **Listennummern 15 und 53** der Anlage zur Tagesordnung auf:

Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u. a. (CSU)

Umweltschonender Einsatz von Glyphosat
(Drs. 17/16744)

und

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Herbert Woerlein (SPD)
Kinderschutz ernst nehmen - kein Glyphosat-Einsatz auf von Kindern genutzten Flächen
(Drs. 17/17137)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurden 24 Minuten vereinbart. Als erstem Redner darf ich Herrn Kollegen Scheuenstuhl das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Weltweit werden rund 700.000 Tonnen des Wirkstoffs Glyphosat produziert. Davon werden rund 6.000 Tonnen bei uns in Deutschland versprüht. Glyphosat ist rund um den Globus das am meisten eingesetzte nicht-selektive systemische Breitbandherbizid. Seit geraumer Zeit steht es jedoch in Verdacht, krebserregend zu sein. Die Europäische Chemikalienagentur ECHA befand im März dieses Jahres, dass Glyphosat nicht krebserregend sei. Dem positiven ECHA-Gutachten steht ein Urteil der Internationalen Agentur für Krebsforschung gegenüber, das Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend beim Menschen eingestuft hat.

Die EU-Kommission hat leider gegen den Willen vieler EU-Mitgliedstaaten und entgegen ihrer eigenen Mitteilung zur Anwendbarkeit des Vorsorgeprinzips gehandelt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dort befinden wir uns: Wir wollen vorsorglich handeln und nicht nachsorgen, wenn Menschen erkrankt sind.

(Beifall bei der SPD)

Leider wird jetzt darüber nachgedacht, die Zulassung des Wirkstoffs Glyphosat um zehn Jahre zu verlängern. Aktuelle Pressemitteilungen war zu entnehmen, dass sich Vertreter der EU-Staaten im Herbst endgültig einigen werden. Ginge es nach dem Willen der Union, nach Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesagrarminister Christian Schmidt, wäre die Zulassung bereits verlängert. Doch in unserer Umweltministerin Barbara Hendricks haben wir eine starke Widersacherin auf unserer Seite – zum Glück.

(Zurufe von der CSU: Oh! – Erwin Huber (CSU):
Nicht mehr lange!)

Bereits heute steht für den Wirkstoff Glyphosat fest: Der großflächige Einsatz von Herbiziden dieser Art führt zu einer Verschlechterung der Artenvielfalt innerhalb der landwirtschaftlich genutzten Fläche Deutschlands. Das Bundesumweltministerium warnt aktuell gar vor einem fortschreitenden Insektensterben hierzulande. In manchen Regionen hat sich der Insektenbestand seit dem Jahr 1982 um bis zu 80 % verringert. Der Bestand an Schmetterlingen hat sich gar um 90 bis 99 % verringert. Langsam bekommt auch die Staatspartei Angst und reagiert mit einem Miniantrag, den wir heute hier behandeln. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der heute zu behandelnde Antrag der CSU enthält zum Teil Forderungen, die wir, die SPD, bereits vor geraumer Zeit gestellt haben. Die Abgabe von Glyphosat an Privatpersonen und die Anwendung in Haus- und Kleingärten gehören genauso verboten wie die Sikkation in der Landwirtschaft. Da sind wir einer Meinung. Was aber die Kollegen von der CSU mit der Reglementierung der Anwendung auf Flächen wollen, die für die Allgemeinheit bestimmt sind, also zum Beispiel auf Schulhöfen, Kinderspielplätzen oder Parks, bleibt mir ein Rätsel. Liebe CSU-Fraktion, auf dem Pausenhof, auf der Liegewiese im Freibad und erst recht auf Kinderspielplätzen gehört überhaupt kein Gift versprüht. Daher fordern wir, die SPD-Landtagsfraktion, die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene zum Schutz unserer Kinder dringend dafür einzusetzen, dass Flächen, die von Kindern genutzt werden, nicht mehr mit glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln behandelt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich mache Ihnen noch einen Vorschlag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Stellen Sie doch überall, auf jedem Spielplatz, wo Glyphosat eingesetzt wird, ein Schild mit der Aufschrift auf: Hier wurde gestern Glyphosat gesprüht. – Ich bin gespannt, was wir noch erreichen werden, ob Sie es schaffen, Kinderspielplätze und Freibäder endgültig zu räumen. So wollen wir es nicht haben.